

Heimopfer: Republik will Kuckuck schicken

Ein ehemaliges Heimkind hat geklagt und behauptet, von Lehrern misshandelt worden zu sein. Die Republik hat gewonnen und kann sich vom Kläger 10.000 Euro holen. Die Zwangsvollstreckung ist schon bewilligt.

Renate Graber

Wien – Die „ehemaligen Heimkinder“, die die Stadt Wien auf Schadenersatz geklagt und wegen Verjährung ihrer Ansprüche verloren haben, kämpfen nun mit neuen Problemen. Sie müssen die Prozesskosten der Gegenseite bezahlen, also jene der Stadt Wien, in deren Heimen sie einst zu Gewaltopfern wurden. Außer die Gemeinde verzichtet auf die Einbringung, was sie nach Prüfung der Einzelfälle bisher getan hat.

In einer dieser Causen – in der auch der Vorwurf geäußert wurde, dem Bund unterstehende Lehrer hätten Gewalt geübt – war auch die Republik Österreich involviert, als Nebenintervenientin (Streithelferin) auf Seite der beklagten Stadt Wien. Auch der Republik wurden im rechtskräftigen Urteil die Prozesskosten zugesprochen. Es geht um einen Prozess, in dem ein heute 55-jähriger Wiener auf Basis der Amtshaftung u. a. Schmerzensgeld eingeklagt hat. Er verlor das Verfahren 2014.

Anfang April flatterte ihm nun die „Bewilligung der Fahrnis- und Gehaltsexekution“ ins Haus. Der



Ein Schlafsaal im Heim auf dem Wiener Wilhelminenberg, das 1977 über Nacht geschlossen wurde.

Mann ist berufsunfähig, die von der Finanzprokuratur vertretene Republik kann sich auf Basis des Exekutionstitels jederzeit rund 10.000 Euro von ihm holen, plus vier Prozent Zinsen ab April 2014.

„Prügelattacken“

Aus der 2013 eingebrachten Klage des Mannes (hatte Verfahrenshilfe) geht sein „Heimkind“-Schicksal hervor, aus der Klagebeantwortung der Stadt Wien der

Umgang mit dem Kläger. Zwischen seinem vierten und 18. Lebensjahr war der Wiener immer wieder in städtischen Heimen untergebracht, in sieben verschiedenen. Auch in den berüchtigten Heimen auf der Hohen Warte und am Wilhelminenberg. Laut seiner Darstellung sei er dort „vom Heimpersonal permanent psychisch und physisch misshandelt sowie ... sexuell missbraucht worden“.

Es habe „Prügelattacken des Heimpersonals“ gegeben – all diese Missstände und Misshandlungen seien der Stadt bekannt gewesen. Er selbst habe schwere Schäden erlitten, eine schwere Behinderung sei die Folge gewesen. Zudem sei er von Lehrern im Lehrlingsheim malträtiert worden.

Der Anwalt der Stadt Wien wies das in seiner Klagebeantwortung Ende 2013 zurück: Der Kläger sei „leider in sehr ungünstigen Ver-

hältnissen aufgewachsen und schon vor der Heimunterbringung 1972 verhaltensauffällig“ gewesen. Und: Die Stadt „bestreitet, dass es in ihren Heimen ... beim Kläger zu den physischen und psychischen Misshandlungen und zu jenem sexuellen Missbrauch kam ...“

Zur Erinnerung: Die Stadt Wien zahlte den „Heimkindern“ zwischen 2010 und 2016 in einem anonym geführten Procedere Entscheidung aus, 52 Millionen Euro. Der Kläger bekam 25.000 Euro. Im Herbst des Vorjahres hat sich die Republik offiziell bei den Gewaltopfern entschuldigt.

Republik führt Prüfung durch

Warum alle Kläger abgeblitzt sind? Ihr Argument, die Verjährungsfristen hätten wegen der Verdrängung ihrer traumatischen Erlebnisse erst später zu laufen begonnen, ging nicht durch. Die Ansprüche sind verjährt, entschied auch die letzte Instanz.

Und holt sich die Republik nun ihre rund 10.000 Euro vom arbeitslosen Kläger? Der Präsident der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn: „Wir nehmen die Anfrage zum Anlass, den Zahlungspflichtigen um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu fragen, und werden prüfen, ob er den offenen Betrag begleichen kann.“

Detail am Rande: Laut Gerichtsunterlagen hat der Kläger dem Bürgermeister der Stadt Wien, Michael Häupl, „ab 2003 geschrieben, um ihn von den Misshandlungen auf der Hohen Warte zu informieren. 2007 schrieb er einmal an Alfred Gusenbauer und vierbis fünfmal an Häupl, bekam aber keine Antwort.“

KURZ GEMELDET

BURGENLAND

Korruptionsvorwurf gegen Asylrechtsberater

Eisenstadt – Ein Rechtsberater im Burgenland soll von einem Asylwerber Geld für einen raschen, positiven Asylbescheid verlangt haben, berichteten *Presse* und der ORF am Freitag. Es lägen Tonaufnahmen vor, in denen der Mann dafür 500 Euro gefordert habe. Es entstehe auch der Eindruck, dass der Berater Einfluss auf Behörden genommen haben soll. Von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hieß es, eine Anzeige liege vor. Nun würden Anfangsverdacht und Zuständigkeit geprüft. (APA)

ÖBERÖSTERREICH

14-Jähriger erpresste und schlug Jugendliche

Asten/Enns – Ein 14-Jähriger aus dem Bezirk Linz-Land soll in Oberösterreich monatelang – zum Teil mit zwei 18-Jährigen – von anderen Jugendlichen Geld gefordert, sie massiv eingeschüchert und einige zusammengeschlagen haben. Der Jugendliche wurde in die Justizanstalt Linz gebracht. Die Kriminalisten stießen im gleichen Bezirk auf sechs weitere Jugendliche, denen Ladendiebstähle und Sachbeschädigungen nachgewiesen wurden. (APA)

ÖSTERREICH

Neuer Name für Dach der Behindertenverbände

Wien – Die Dachorganisation der Behindertenverbände, die bisherige Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, heißt nun „Österreichischer Behindertenrat“. Neuer Präsident ist Herbert Pichler, Vorgänger Klaus Voget ist Ehrenpräsident. (spr) i

Pflegekräfte gingen für mehr Ressourcen auf die Straße

Kärntner Heimverordnung scheiterte in Gemeindebund – Gewerkschaften fordern einheitliche Standards

Klagenfurt/Wien – Ein Bundesland, dessen Personalsituation in Pflegeheimen als besonders schlecht gilt, ist Kärnten. Eine Heimverordnung von Gesundheitsreferentin Beate Pretzner (SPÖ) sähe mehr Mitarbeiter und zusätzliche Animationskräfte vor, der Beschluss scheiterte am Freitag aber.

Vorgesehen wäre, den Personalschlüssel von 2,5 Patienten je Pflegekraft auf 2,4 Patienten zu schrauben. Da die Kommunen die

Hälfte der 5,5 Millionen Euro an Kosten tragen müssten, braucht es im Gemeindebund eine Mehrheit. FPÖ- und ÖVP-Vertreter stimmten aber dagegen (sechs Ja-, sechs Nein-Stimmen). Die Ablehnung wurde unter anderem mit den Kosten begründet und damit, dass man langfristige Planungen vermissen. Seit drei Jahren verhandelt man über die Aufstockung des Personals, hatten Gewerkschafter beim Pflege-Protestmarsch mit

rund 300 Teilnehmern am Vormittag in Klagenfurt moniert.

Für Nachmittag war am Freitag, dem internationalen Tag der Pflege, auch in Wien eine Demonstration für mehr Ressourcen in dem Bereich angesetzt. Die vier Gewerkschaften (vda, GÖD, djpdpa, Yunion), die Pflegepersonal – rund 80.000 Personen in Österreich – vertreten, hatten dazu aufgerufen. In einer Pressekonferenz forderten Gewerkschaftsvertreter

zuvor einheitliche Mindeststandards und Personalschlüssel. Die aktuellen Zustände „gehen Richtung unerträglich“, sagte ÖGB-Vizepräsident und GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl. Es brauche Qualitätskontrollen und jährliche Evaluierungen. Österreich müsse mehr Geld aufwenden (aktuell 1,5 Prozent des BIPs, in skandinavischen Ländern seien es etwa 2,6 bis drei Prozent des BIPs). (spr) i

Kommentar Seite 40

Koalitionszwist in Vorarlberg

Schwarz-Grün bringt keine Gemeindereform zustande

Bregenz – Die Reform des Vorarlberger Gemeindegesetzes ist gescheitert. Und damit auch ein wesentlicher Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen Volkspartei und Grünen. Das gaben die Grünen am Freitag bekannt.

Schwarz und Grün hatten eine Reform des Gesetzes aus 1984 vereinbart. Nach zweijährigen Verhandlungen musste Grünen-Klubobmann Adi Gross am Freitag einräumen: „Die Reform ist leider gescheitert.“

Der Grund: Der VP-dominierte Gemeindeverband blockiert. Das Demokratiepaket der Grünen mit den Kernanliegen Transparenz, regionale Zusammenarbeit, verbrieft Kontrollrechte der Mandatäre, verpflichtende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, ging dem Verband der Bürgermeister zu weit.

VP-Klubobmann Roland Frühstück bedauert, dass kein Kompromiss zu finden war. Das 19-Punkte-Programm sei für den Gemeindeverband zu weitgehend, für die

Grünen aber zu wenig weitreichend gewesen. Frühstück: „Wir sind nicht bereit, das Gesetz gegen den dezidierten Willen der Gemeinden zu verändern.“

Das Scheitern sei kein Beinbruch, versichert VP-Klubobmann Frühstück. Man arbeite weiter an der Umsetzung des Arbeitsprogrammes, die Stimmung in der Koalition sei gut.

Die Neos sehen hingegen Parallelen zur Bundesregierung: „Auch hier im Land ist man sich in der Koalition nicht einig“, sagt Sabine Scheffknecht. Den koalitionsfreien Raum sieht sie als Chance der Opposition, gemeinsam mit den Grünen einen wesentlichen Schritt weiterzukommen.

Die Grünen werden „aus Fairness“ (Gross) keinen eigenen Antrag mit ihren Reformvorschlägen einbringen. Da sie beim Thema Gemeindegesetz nicht mehr an die Koalitionsvereinbarung gebunden sind, könnten sie mit Vorschlägen der Opposition die Volkspartei überstimmen. (jub)

eco fashion
sustainable design
organic food

BIORAMA

FAIR FAIR

fairfair.at

goes great!

19.–21. mai 2017

creau, wien

biorama fair fair macht sommerfrische im prater!
komm vorbei und genieße bio street food und drinks, eco fashion, design und sustainable goods in der creau. direkt an der U2 station!